

PRESSEINFORMATION

Berlin, den 17. Dezember 2004

Föderalismusreform: verfrühtes Silvesterfeuerwerk

Pompöse Zündung, schneller Steigflug, lautes Krachen und nun spurloses Verglühen

Gemessen an den hohen Reformansprüchen, mit denen die Kommission zur Reform der bundesstaatlichen Ordnung antrat, ist sie nach Ansicht der Stiftung Marktwirtschaft so oder so gescheitert. Ein kompletter Mißerfolg wäre zwar kläglich, aber fast noch ehrlicher als eine Scheinreform und erleichtere vielleicht einen neuen, besser organisierten Anlauf. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft: „Der Fehler lag in der Struktur. Nach dem Ausklammern zentraler Fragen mußte die Arbeit wegen der Besetzung der Kommission mit zu vielen Bremsern und Betroffenen fehlschlagen – trotz des beharrlichen Engagements von Franz Müntefering und Edmund Stoiber.“

Das zentrale Anliegen der Föderalismuskommission, die Wettbewerb und Transparenz verhindernde Verflechtung der Zuständigkeiten zwischen den föderalen Ebenen zu durchtrennen, ist auf jeden Fall weitestgehend gescheitert, so Michael Eilfort. Auch die bisher öffentlich gewordenen möglichen Eckpunkte würden nicht bedeuten, daß der Dschungel des Föderalismus gelichtet wäre – allenfalls wären kleine Schneisen geschlagen.

Als abenteuerlich bezeichnete der Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft den Vorstoß einiger ostdeutscher Bundesländer, den Solidarzuschlag im Rahmen der Föderalismusreform im Grundgesetz zu verankern. „Eine Subvention muß sich selbst überflüssig machen und darf auf keinen Fall zementiert werden, schon gar nicht in der Verfassung. Wer das fordert, hat weder die Rolle des Grundgesetzes noch die Grundprinzipien der Marktwirtschaft verstanden.“ Nach Meinung Eilforts könne man dann genausogut in das Grundgesetz die Bestimmung aufnehmen: „Alles bleibt, wie es ist. Alles wird gut“.

Abgesehen davon, daß der erhoffte Befreiungsschlag, der Bund, Ländern und Kommunen mehr Gestaltungsfreiheit gegeben hätte, ausblieb: „Insgesamt ist das Ergebnis ein deutliches Indiz dafür, daß die Politik nicht mehr in der Lage scheint, einen Konsens in institutionellen Grundfragen zu finden, daß wir Strukturen haben, die sich selbst blockieren und nicht mehr reformfähig sind“, konstatiert Michael Eilfort. „Wie eigentlich will die Politik die Bevölkerung für notwendige Veränderungen gewinnen, wenn sie selbst dazu nicht imstande ist?“ Die Stiftung Marktwirtschaft werde weiter für eine echte Reform werben und jeden erfolgversprechenderen Ansatz konstruktiv begleiten.

(59 Zeilen à 40 Anschläge)

Ihre Ansprechpartnerin:

Dr. Katrin Schnettler
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
10117 Berlin

Tel.: (030) 206057-33
Fax: (030) 206057-57
E-Mail: schnettler@stiftung-marktwirtschaft.de
Internet: www.stiftung-marktwirtschaft.de